

Antrag

öffentlich

Datum

01.09.2023

Nummer

A0219/23

Absender

Fraktion AfD

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates
Prof. Dr. Alexander Pott

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

14.09.2023

Kurztitel

Dienstanweisung zur parteipolitischen Neutralität

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, eine Dienstanweisung zur parteipolitischen Neutralität zu erlassen. Diese soll für Mitarbeiter und Amtsinhaber der Stadt Magdeburg sowie städtischer Eigenbetriebe verbindlich sein, die öffentliche Profile oder eine Webseite der Stadt, ihrer Eigenbetriebe und kommunaler Einrichtungen in eigener administrativer Verantwortung betreiben. Im Rahmen der Anweisung soll insbesondere mit Blick auf Aktivitäten auf städtischen Social-Media-Konten das besondere Gebot parteipolitischer Neutralität, nicht zuletzt in Wahlkampfzeiten, explizit betont werden.

Begründung:

Das Gebot zur parteipolitischen Neutralität von staatlichen Akteuren leitet sich direkt aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ab. So müssen Amtsträger bei ihren Äußerungen zu jeder Zeit das Recht der Parteien aus Art. 21 Abs. 1 GG beachten, gleichberechtigt an der politischen Willensbildung teilnehmen zu können. In Wahlkämpfen wird dieses Recht durch die Grundsätze der Freiheit und der Gleichheit der Wahl noch verstärkt. Staatliche Manipulation von Wahlkämpfen gehört daher nicht zu den zulässigen Handlungsinstrumenten eines grundrechtlich gebundenen Rechtsstaates. Das Gebot der parteipolitischen Neutralität besteht dementsprechend auf allen staatlichen Ebenen bis hinunter zur Kommune.

Mit der Erosion des althergebrachten politischen Systems und den damit verbundenen Verschiebungen der politischen Landschaft konnten auch in Magdeburg immer wieder Verstöße gegen das Neutralitätsgebot durch Amtsträger festgestellt werden. Allgemein, aber auch in Anbetracht der bevorstehenden Kommunalwahl, soll die Oberbürgermeisterin dieses durch das Grundgesetz geschützte Recht der Parteien in einer Dienstanweisung an alle Mitarbeiter der Stadt und ihrer Eigenbetriebe gesondert herausstellen.

Christian Mertens
Fraktionsvorsitzender